



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Informationszentrum
Asyl und Migration



Länderkurzinformation

Peru

SOGI (Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität: Situation von LGBTIQ-Personen)

Stand: 02/2026

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrecht zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke ist nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Die Inhalte dürfen ohne gesonderte Einwilligung lediglich für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch sowie ausschließlich amtsinternen Gebrauch abgerufen, heruntergeladen, gespeichert und ausgedruckt werden, wenn alle urheberrechtlichen und anderen geschützten Hinweise ohne Änderung beachtet werden.

Copyright statement

This report/information is subject to copyright rules. Any kind of use of this report/information – in whole or in part – not expressly admitted by copyright laws requires prior approval by the Federal Office of Migration and Refugees (Bundesamt). This applies in particular to the reproduction, adaptation, translating, microfilming, or uploading of the report/information in electronic retrieval systems. Reprinting and reproduction of excerpts for internal use is only permitted with reference to the source and prior consent of the Bundesamt.

Use of the report/information may be made for private, non-commercial and internal use within an organisation without permission from the Bundesamt following copyright limitations.

Disclaimer

Die Information wurde gemäß der EUAA COI Report Methodology (2023) sowie den Qualitätsstandards des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2022) auf Grundlage sorgfältig ausgewählter und zuverlässiger Informationen innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens erstellt. Alle zur Verfügung gestellten Informationen wurden mit größter Sorgfalt recherchiert, bewertet und aufbereitet. Alle Quellen werden genannt und nach wissenschaftlichen Standards zitiert.

Die vorliegende Ausarbeitung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Findet ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Person oder Organisation keine Erwähnung, bedeutet dies nicht, dass ein solches Ereignis nicht stattgefunden hat oder die betreffende Person oder Organisation nicht existiert. Der Bericht/die Information erlaubt keine abschließende Bewertung darüber, ob ein individueller Antrag auf Asyl-, Flüchtlings- oder subsidiären Schutz berechtigt ist. Die benutzte Terminologie sollte nicht als Hinweis auf eine bestimmte Rechtauffassung verstanden werden. Die Prüfung des Antrags auf Schutzgewährung muss durch den für die Fallbearbeitung zuständigen Mitarbeiter erfolgen. Die Veröffentlichung stellt keine politische Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dar.

Diese Ausarbeitung ist öffentlich.

Disclaimer

The information was written according to the „EUAA COI Report Methodology“ (2023) and the quality standards of the Federal Office for Migration and Refugees (Bundesamt) (2022). It was composed on the basis of carefully selected and reliable information within a limited timeframe. All information provided has been researched, evaluated and analysed with utmost care within a limited time frame. All sources used are referenced and cited according to scientific standards.

This document does not pretend to be exhaustive. If a certain event, person or organization is not mentioned, this does not mean that the event has not taken place or that the person or organization does not exist. This document is not conclusive as to the merit of any particular claim to international protection or asylum. Terminology used should not be regarded as indication of a particular legal position. The examination of an application for international protection has to be carried out by the responsible case worker. The information (and views) set out in this document does/do not necessarily reflect the official opinion of the Bundesamt and makes/make no political statement whatsoever.

This document is public.

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtliche Lage.....	1
2. Behandlung durch Gesellschaft und Behörden.....	5
2.1 Behandlung durch die Gesellschaft.....	5
2.2 Behandlung durch die Behörden	7
3. Länderspezifische Besonderheiten.....	10

1. Rechtliche Lage

Nachdem Art. 272 des peruanischen Strafgesetzbuches (span. Código Penal) im Jahr 1924 aufgehoben wurde, sind einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen gleichen Geschlechts nicht mehr strafbar.¹ Das geltende Recht sieht derzeit keine Möglichkeit vor, gleichgeschlechtliche Partnerschaften durch Ehe oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft zu formalisieren. Der fünfte Artikel der Verfassung definiert explizit die feste Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau als sogenannte Gütergemeinschaft.² Das Zivilgesetzbuch (spanisch: Código Civil) begreift zudem die Ehe gem. Art. 234 als freiwillig geschlossene Verbindung zwischen Mann und Frau.³ In den vergangenen Jahren sind verschiedene Gesetzesinitiativen gescheitert, die Art. 234 des Código Civil dahingehend ändern würden, dass dieser auch gleichgeschlechtliche Paare umfassen würde.⁴ Auch die Adoption von Kindern ist gleichgeschlechtlichen Paaren untersagt.⁵

Der **Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte** (spanisch: Corte Interamericana de Derechos Humanos, Corte IDH), dessen Gerichtsbarkeit Peru nach der 1978 erfolgten Ratifizierung der Amerikanischen Konvention über Menschenrechte (spanisch: Convención Americana sobre Derechos Humanos, CADH) unterliegt⁶, legte in diesem Zusammenhang im November 2017 eine viel beachtete gutachterliche Stellungnahme vor. In dieser wies er jene Mitgliedsstaaten, in denen die Ehe zwischen Partnern gleichen Geschlechts bisher nicht legalisiert wurde, an, diesen die Eheschließung mit vollen Rechten zu ermöglichen und auch Änderungen der Geschlechtsidentität in den Standesämtern zuzulassen. Der Corte IDH stellte klar, dass die Mitgliedsstaaten alle Rechte, die sich aus einer familiären Bindung gemischtgeschlechtlicher Paare ergeben, gemäß den Bestimmungen der CADH auch für Paare gleichen Geschlechts anerkennen und garantieren müssen.⁷ Die rechtlich bindende Wirkung der Stellungnahme auf die Mitgliedsstaaten ist umstritten⁸, jedoch wurde sie von Vertretenden der LGBTIQ-Gemeinschaft in der Region als historische und wegweisende Entscheidung gewertet⁹, da gleichgeschlechtlichen Paaren nun eine offizielle Grundlage für die Durchsetzung ihrer Rechte vor einem internationalen Gericht zur Verfügung stünde¹⁰. Im März 2023 veröffentlichte die **Interamerikanische Kommission für Menschenrechte** (spanisch: Comisión Interamericana de Derechos Humanos, CIDH) unter Verweis auf o.g. Aussagen des Corte IDH eine Stellungnahme, in der sie sämtliche Staaten der Region dazu aufruft, ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu reformieren und zu harmonisieren, um gleichgeschlechtlichen Paaren die gleichen Rechte, Freiheiten, Pflichten und Chancen zu garantieren, die heterosexuellen Paaren garantiert sind.¹¹ Peru ist mit Stand Februar 2026 den in den interamerikanischen Institutionen vorgebrachten Aufforderungen, die notwendigen legislativen und administrativen Änderungen mit Bezug auf die gleichgeschlechtliche Ehe und die Änderung des Geschlechtseintrags umzusetzen, nicht nachgekommen.¹²

¹ [ILGA World Database, Peru: 1. Criminalisation of consensual same-sex sexual acts, o. D.](#)

² [Plataforma del Estado Peruano, Constitución Política del Perú, S. 5, letzte Aktualisierung 17.09.2018.](#)

³ [Plataforma del Estado Peruano, Decreto Legislativo N.º Código Civil, S. 113, letzte Aktualisierung 11.09.2019.](#)

⁴ [ILGA World Database, Peru: 14. Same-Sex Marriage and Civil Unions, o. D.](#)

⁵ [ILGA World Database, Peru: 15. Adoption by same-sex couples, o. D.](#)

⁶ [OEA, Convención Americana Sobre Derechos Humanos Suscrita En La Conferencia Especializada Interamericana Sobre Derechos Humanos \(B-32\), Estado de Firmas y Ratificaciones, o. D.](#)

⁷ [Corte IDH, Opinión Consultativa OC-24/17, S. 88, letzte Aktualisierung 24.11.2017.](#)

⁸ [Contesse J. The Rule of Advice in International Human Rights Law, American Journal of International Law, 2021;115\(3\):367-408, S. 369, letzte Aktualisierung 30.04.2021.](#)

⁹ [El País, La Corte Interamericana falla a favor del matrimonio igualitario, letzte Aktualisierung 11.01.2018.](#)

¹⁰ [BBC, La histórica decisión de la Corte Interamericana de Derechos Humanos que llama a 12 países de América Latina a legalizar el matrimonio gay, letzte Aktualisierung 10.01.2018.](#)

¹¹ [OEA, CIDH llama Panamá a garantizar el matrimonio igualitario y el derecho a la igualdad y no discriminación, letzte Aktualisierung 24.03.2023](#)

¹² [ILGA World Database, Peru, o. D.](#)

Seit 2016 wurde das **Nationale Register für Identifikation und Zivilstand** (spanisch: Registro Nacional de Identificación y Estado Civil, RENIEC) viermal gerichtlich dazu verpflichtet, im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen anzuerkennen und zu registrieren. Das RENIEC legte jedoch gegen alle Urteile Berufung ein.¹³ Im Rahmen einer Einzelfallentscheidung wurde das Nationale Register am 21.07.2023 vom Obersten Gerichtshof in Lima angewiesen, die Heiratsurkunde zweier Frauen, die in Argentinien geheiratet hatten, einzutragen, da er der Ansicht war, dass das Recht auf Gleichheit und Nichtdiskriminierung verletzt worden sei. Das Gericht wies jedoch gleichzeitig explizit darauf hin, dass mit dem Urteil kein neues Recht geschaffen worden sei.¹⁴

Am 20.11.2024 billigte der Justizausschuss des Kongresses in einer positiven Stellungnahme die weitere parlamentarische Bearbeitung einer Gesetzesinitiative, die die Einführung eines neuen Rechtsrahmens zur **eingetragenen Lebenspartnerschaft** (Spanisch: unión civil) für gleichgeschlechtliche Paare vorsieht und damit ihre rechtliche Gleichstellung durch den Staat garantieren würde. Nach der Stellungnahme des entsprechenden Ausschusses sieht das Gesetzgebungsverfahren des Landes als nächsten Schritt eine Parlamentsdebatte zur Initiative vor. Die Debatte führt schließlich zur Annahme oder Ablehnung des Gesetzes.¹⁵ Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Länderkurzinformation konnte kein konkretes Datum für die Parlamentsdebatte ermittelt werden.

In der peruanischen Verfassung wird **Diskriminierung** aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität nicht eigens adressiert. Durch ein am 06.01.2017 veröffentlichtes Gesetzesdekret wurde der Código Penal dahingehend geändert, dass Art. 323 seitdem auch die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechteridentität unter Strafe stellt. Art. 323 ist weit gefasst und umfasst daher u.a. auch Diskriminierung im Bereich der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen, im Gesundheits- und im Bildungsbereich. Straftaten, die von staatlichen Bediensteten, mittels körperlicher oder seelischer Gewalt oder über das Internet begangen wurden, werden gem. Art. 323 strafverschärfend beurteilt.¹⁶ Gemäß Art. 37 der Verfassungsverfahrensverordnung (spanisch: Código Procesal Constitucional) besteht für von Diskriminierung betroffene Personen die Möglichkeit, den Rechtsbehelf des Amparo einzulegen.¹⁷ Beim Amparo handelt es sich um ein in vielen lateinamerikanischen Staaten etabliertes Verfahren, mithilfe dessen Bürgerinnen und Bürger gegen Grundrechtsverletzungen durch Behörden vorgehen können.¹⁸

Hassverbrechen sind kein eigener Straftatbestand und werden nicht offiziell erfasst.¹⁹ Wird eine Straftat jedoch im Zusammenhang mit der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität begangen, so wird dies gemäß Art. 46 des Código Penal als strafverschärfender Umstand bewertet.²⁰

¹³ [Equaldex, LGBT Rights in Peru, o.D.](#)

¹⁴ [Swissinfo, Justicia de Perú ordena inscribir acta de matrimonio de dos mujeres celebrado en Argentina, letzte Aktualisierung 21.07.2023.](#)

¹⁵ [Infobae, Unión civil avanza en el Congreso: propuesta se aprobó en la Comisión de Justicia, letzte Aktualisierung 20.11.2024.](#)

¹⁶ [ILGA Database, Peru: 5. Protection against discrimination in the provision of goods and services, 6. Protection against discrimination in health, 7. Protection against discrimination in education, o.D.](#)

¹⁷ [ILGA Database, Peru: 5. Protection against discrimination in the provision of goods and services, 6. Protection against discrimination in health, 7. Protection against discrimination in education, o.D.](#)

¹⁸ [GloboLex, The Amparo Context in Latin American Jurisdiction: An Approach to an Empowering Action, letzte Aktualisierung April 2023.](#)

¹⁹ [Agencia Presentes, The silenced crimes, letzte Aktualisierung Juni 2023.](#)

²⁰ [Equaldex, LGBT Rights in Peru, o.D.; El País, Perú sanciona la discriminación por orientación sexual, letzte Aktualisierung 10.01.2017.](#)

Eine rechtliche Anerkennung bzw. eine **Änderung des Geschlechtseintrags** sind in Peru möglich. Das Verfahren zur Änderung des Geschlechtseintrags wird jedoch als teuer, langwierig und kompliziert beschrieben.²¹ Aufgrund des Fehlens eines spezifischen Gesetzes in diesem Zusammenhang sind Transpersonen, die ihren Geschlechtseintrag ändern lassen möchten, gezwungen, ein gerichtliches Verfahren zu durchlaufen. Dieses ist zivilgesellschaftlichen Organisationen zufolge umständlich und oft voller Stereotypen.²² Gleichzeitig ist die finanzielle Belastung durch die Bezahlung mehrerer Anwälte, welche die Gerichtsverfahren begleiten müssen, hoch.²³ Am 28.09.2021 entschied zum ersten Mal in der Geschichte Perus ein Zivilgericht zugunsten einer Transfrau, die beantragt hatte, ihren Namen und ihr Geschlecht in ihrem Ausweisdokument zu ändern, ohne sich einer geschlechtsangleichenden Operation zu unterziehen.²⁴

Nachdem die Regierung unter Präsidentin Dina Boluarte am 10.05.2024 in einem Dekret **Transidentitäten** entgegen der aktuellen Klassifikation von Krankheiten der Weltgesundheitsorganisation als **psychische Erkrankungen** eingestuft hatte, wurde diese von Menschenrechtsorganisationen und Aktivistinnen und Aktivisten scharf kritisiert. Am 17.05.2024 protestierten Vertretende der LGBTIQ-Gemeinschaft vor dem Gebäude des Gesundheitsministeriums in Lima und forderten die Rücknahme des Dekrets. Am 25.06.2024 veröffentlichte das Gesundheitsministerium schließlich eine Resolution, im Rahmen derer angekündigt wurde, dass von der Verwendung der Begriffe Transsexualität und Transvestitismus im entsprechenden Kapitel zu psychischen Erkrankungen abgesehen werde.²⁵ Zwar wurde die Resolution von Menschenrechtsorganisationen und Vertretenden der LGBTIQ-Gemeinschaft begrüßt, jedoch wiesen sie darauf hin, dass das Dekret nach wie vor in Kraft sei und es lediglich nicht zur Anwendung komme. Dies trage zu Unstimmigkeiten mit internationalen Menschenrechtsstandards und zu einer undemokratischen sowie diskriminierenden Pathologisierung der Transidentitäten bei. Gleichzeitig könne das Dekret dazu beitragen sogenannte Konversionstherapien zu legitimieren.²⁶

Ein spezifisches Gesetz, welches **Konversionstherapien** verbietet, existiert nicht. Eine im Jahr 2021 vorgebrachte Gesetzesinitiative, die darauf abzielte, diese Praktik zu verbieten, gelang nicht in die Phase der Parlamentsdebatte.²⁷ Gleichzeitig wurde in am 12.06.2021 vom Gesundheitsministerium veröffentlichten Leitlinien festgelegt, dass Jugendliche der LGBTIQ-Gemeinschaft keinen Konversionstherapien unterzogen werden dürfen.²⁸

²¹ [Outright International, Country Overview: Peru, o.D.](#)

²² [ILGA World Database, Peru: 17 A. Name change, o.D.](#)

²³ [Equaldex, LGBT Rights in Peru, o.D.](#)

²⁴ [Agencia Presentes, Por primera vez una mujer trans peruana cambió su DNI sin operación quirúrgica, letzte Aktualisierung 29.09.2021.](#)

²⁵ [Human Rights Watch, Peru Walks Back Anti-Trans Guidance in Health System, letzte Aktualisierung 27.06.2024; Freedom House, Freedom in the World 2025: Peru, o.D.](#)

²⁶ [PROMSEX, Informe Sobre Derechos Lgbtiq+ En El Perú: Cuando El Estado Retrocede, La Violencia Avanza – 2025, S. 68-69, letzte Aktualisierung 11.12.2025.](#)

²⁷ [Infobae, ‘Terapias de conversión’: Perú sigue sin tener una ley que prohíba esta forma de tortura contra la comunidad LGBTIQ+, letzte Aktualisierung 30.06.2024.](#)

²⁸ [ILGA World Database, Peru: 13. Regulation of so-called “conversion therapies”, o.D.](#)

Das am 12.05.2025 verabschiedete „Gesetz zur Stärkung des Rechts auf sexuelle Unversehrtheit von Kindern und Jugendlichen“ (spanisch: Ley que fortalece el derecho a la indemnidad sexual de los niños y adolescentes) stieß bei Menschenrechtsorganisationen und Aktivistinnen und Aktivisten auf breite Kritik. Das Gesetz schreibt u.a. in Art. 5 vor, dass der **Zugang zu öffentlichen Toiletten auf der Grundlage des biologischen Geschlechts beschränkt** wird. Hierdurch werden Menschenrechtsorganisationen und Aktivistinnen und Aktivisten zufolge Transpersonen, einschließlich transsexueller Jugendlicher, effektiv daran gehindert, öffentliche Toiletten zu benutzen, die ihrer Geschlechtsidentität entsprechen. Dadurch würden sich auch schädliche und unbegründete Ängste verstärken, welche die Anwesenheit von Transpersonen in Toiletten mit einer Gefahr für Kinder gleichsetzen. Die vagen und übermäßig weit gefassten Bestimmungen des Gesetzes könnten außerdem dazu genutzt werden, Ausdrucksformen der Identität, künstlerische Inhalte und Bildungsmaterialien zu unterdrücken, während sie gleichzeitig nicht wirksam gegen die weit verbreitete sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Land vorgehen würden, so Human Rights Watch. Letztlich mache das Gesetz den Kinderschutz zu einem Vorwand für Unterdrückung und Diskriminierung.²⁹ Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesetzes wurde auch Art. 183 des Código Penal, der den Straftatbestand der „obszönen Zurschaustellung und Veröffentlichung“ behandelt, dahingehend verschärft, dass die Mindestfreiheitsstrafe erhöht wurde.³⁰ Dieser Umstand verbindet laut dem Institut für Demokratie und Menschenrechte der Päpstlichen Katholischen Universität von Peru indirekt die Nutzung von Toiletten, die der Geschlechtsidentität von Transpersonen entsprechen, mit strafbarem Verhalten.³¹

Am 19.11.2025 verabschiedete der Kongress ein Gesetz (Ley 8731/2024), mit dem der **Geschlechteransatz** aus sämtlichen politischen Maßnahmen des Landes **gestrichen** wurde. Im Rahmen des Gesetzes werden Verweise auf „Geschlechtergleichstellung“ durch „Gleichberechtigung“ oder „Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern“ ersetzt und entsprechende Änderungen in einer Vielzahl bestehender Gesetze und Richtlinien zur Geschlechtergleichstellung veranlasst. Das Gesetz streicht auch Verweise auf das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und schränkt den Zugang zu umfassender Sexualaufklärung ein. Der umfassende Sexualekundeunterricht in den Schulen soll demnach durch einen „wissenschaftlich, biologisch und ethisch fundierten“ Unterricht ersetzt werden.³² Das Gesetz wurde dahingehend kritisiert, dass es lediglich eine binäre Klassifizierung von Personen berücksichtige und trans- und nicht-binäre Identitäten außer Acht lasse. Demnach würden Menschen der LGBTIQ-Gemeinschaft von politischen Maßnahmen ausgeschlossen. Mit der Streichung des Geschlechteransatzes ziele das Gesetz darauf ab, die Identität von LGBTIQ-Personen auszublenden, was eine Verletzung ihrer Würde als Menschen darstelle.³³ Kritik wurde auch seitens eines Expertengremiums der Vereinten Nationen geäußert, das anführte, dass die neue Gesetzgebung den bestehenden Schutz für geschlechtsvielfältige Menschen schwächen würde, indem sie die sozialen und kulturellen Realitäten des Geschlechts und die daraus resultierenden Ungleichheiten ignoriere. Die Expertinnen und Experten zeigten sich besorgt über die gesetzlichen Restriktionen der offiziellen Zusammenarbeit mit Akteuren der Zivilgesellschaft, die an Klagen oder Beschwerden gegen den Staat beteiligt sind, und wiesen darauf hin, dass diese Gesetzgebung Menschenrechtsorganisationen willkürlich benachteiligen würde, darunter auch diejenigen, die sich für Nichtdiskriminierung und die Rechte von LGBTIQ-Personen einsetzen würden.³⁴

²⁹ Human Rights Watch, Peru: New Law Threatens Free Speech, Trans Rights, letzte Aktualisierung 19.05.2025; ILGA World Database, Peru: [2. Legal barriers to freedom of expression, o.D.](#)

³⁰ Human Rights Watch, Peru: New Law Threatens Free Speech, Trans Rights, letzte Aktualisierung 19.05.2025.

³¹ IDEHPUCP, ¿Protegiendo la niñez o institucionalizando la transfobia?, letzte Aktualisierung 27.05.2025.

³² El País, El Congreso peruano aprueba una norma que elimina el enfoque de género: “Es un retroceso de décadas y es inaplicable”, letzte Aktualisierung 29.11.2025; OHCHR, Peru: Bill eliminating concept of gender threatens progress on human rights, warn UN experts, letzte Aktualisierung 22.12.2025.

³³ PuntoEdu, Ley que elimina el enfoque de género: un “grave retroceso” para la igualdad y comprensión de los problemas del país, letzte Aktualisierung 01.12.2025.

³⁴ OHCHR, Peru: Bill eliminating concept of gender threatens progress on human rights, warn UN experts, letzte Aktualisierung 22.12.2025.

2. Behandlung durch Gesellschaft und Behörden

2.1 Behandlung durch die Gesellschaft

Der jüngsten Umfrage zufolge identifizieren sich 8 % der erwachsenen Personen als nicht heterosexuell. Dies entspricht in etwa einem Bevölkerungsanteil von 1,7 Mio. Menschen.³⁵ Die öffentliche Sichtbarkeit der LGBTIQ-Gemeinschaft konzentriert sich vor allem auf die Hauptstadt Lima, wo die seit dem Jahr 2002 stattfindende LGBTIQ-Parade als wichtigste Form des Einsatzes für Gleichberechtigung gilt.³⁶ Darüber hinaus werden in Lima auch kulturelle Veranstaltungen wie LGBTIQ-Filmfestivals organisiert, die als bedeutende Foren für die Sichtbarkeit von Diversität dienen.³⁷ Zusätzlich gilt die Stadt Iquitos in der Amazonasregion als Zufluchtsort für LGBTIQ-Personen.³⁸

Laut Freedom House sind LGBTIQ-Personen in Peru Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt ausgesetzt.³⁹

In einer Studie der in Lima ansässigen Menschenrechtsorganisation PROMSEX, die den sogenannten *gender backlash* – verstanden als strafende und ausgrenzende gesellschaftliche Reaktionen, die angesichts der Sichtbarkeit von Identität auftreten – und die damit verbundenen Kosten thematisiert, wird festgehalten, dass in Peru LGBTIQ-Personen vielfältigen Formen der Ausgrenzung und Gewalt ausgesetzt sind, die sich häufig noch verstärken, wenn ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität sichtbar wird. Im Rahmen einer studienbezogenen Umfrage gaben 83 % der Befragten an, dass sie irgendeine Form von Diskriminierung erlebt haben und 61 % Opfer direkter Gewalt (psychisch, physisch, institutionell) geworden sind, nachdem sie ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität offenbart hatten. Die am häufigsten gemeldete Form der Gewalt war psychische Gewalt (75 %), gefolgt von Diskriminierung im öffentlichen Raum (48 %), Ausgrenzung in Bildung oder Beruf (36 %) und körperlicher Gewalt (17 %). Darüber hinaus wurde eine hohe Prävalenz von Belästigung auf der Straße, Ausschluss aus religiösen Räumen und Drohungen im digitalen Umfeld festgestellt. Unter den wichtigsten identifizierten Kosten gaben 47 % der Befragten den Verlust von Bildungs- oder Beschäftigungsmöglichkeiten an, während 62 % zusätzliche finanzielle Ausgaben wie psychologische Betreuung oder erzwungene Umzüge anführten.⁴⁰

Gleichzeitig zeigt eine aktuelle im urbanen Raum durchgeführte Umfrage aus dem Oktober 2025 mit Bezug zu den anstehenden Präsidentschaftswahlen am 12.04.2026, dass 76 % der Peruanerinnen und Peruaner Kandidierende nicht unterstützen würden, die mit Hassreden Wahlkampf betreiben oder die Diskriminierung von LGBTIQ-Personen fördern würden. 79 % der Befragten stimmten der Aussage zu, dass LGBTIQ-Personen vor dem Gesetz mit gleichem Respekt behandelt werden und denselben Zugang zu menschenwürdiger Arbeit, Bildung und Gesundheitsversorgung haben sollten wie andere Menschen auch. Die Aussage, dass auch gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit haben sollten, eine standesamtliche Ehe einzugehen, wurde von 42 % abgelehnt, während sie 38 % befürworteten. Die Zustimmung lag bei Befragten zwischen 18 und 25 Jahren signifikant höher (49 %) als bei Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung älter als 43 Jahre alt waren (30 %).⁴¹ Im Rahmen einer landesweiten Umfrage im Juni 2025 sprachen sich 24 % der befragten Peruanerinnen und Peruaner für die gleichgeschlechtliche Ehe aus. 69 % gaben an, dass sie dagegen seien.⁴²

³⁵ Infobae, [Día del Orgullo LGBTIQ+: Cerca del 70% de peruanos en contra de la unión civil y la adopción de niños, según encuesta, letzte Aktualisierung 28.06.2024.](#)

³⁶ Infobae, [Día del Orgullo LGBTIQ+: historia de cómo fueron las primeras marchas en el Perú, letzte Aktualisierung 27.06.2024.](#)

³⁷ Mano Alzada, [Lima se viste de cine diverso: llega la 22ª edición del Festival de Cine LGBT Outfest Perú, letzte Aktualisierung 19.08.2025.](#)

³⁸ BBC, ["Hay tanta tolerancia como en Europa": la ciudad en la selva de Perú que es un refugio para la comunidad LGTB, letzte Aktualisierung 29.06.2022.](#)

³⁹ Freedom House, [Freedom in the World 2025: Peru, o.D.](#)

⁴⁰ PROMSEX, [Resumen Ejecutivo: Los Costos de la Discriminación en el Proyecto de Vida de la Población LGBTIQ+ en el Perú, Juli 2025, S. 3, 12f., letzte Aktualisierung 14.10.2025.](#)

⁴¹ Ipsos, [79% de peruanos apoya que las personas LGTBQ+ sean tratadas con igual respeto ante la ley, letzte Aktualisierung 29.01.2026.](#)

⁴² Ipsos, [Día del Orgullo 2025, letzte Aktualisierung 27.06.2025.](#)

Im Rahmen einer von der NRO Más Igualdad durchgeführten Studie zur mentalen Gesundheit der LGBTIQ-Gemeinschaft gaben 37 % der 323 Befragten an, eine **Konversionstherapie** durchlaufen zu haben, von denen 62 % dieser Praktik als Minderjährige unterzogen worden seien. Darüber hinaus gaben 47 % an, von ihren Eltern oder ihrer Familie zu Konversionstherapien gezwungen worden zu sein. Schließlich wurde festgestellt, dass 50 % der Personen oder Einrichtungen, die diese Praktik durchführten, religiöser Natur gewesen seien und 45 % aus dem Gesundheitswesen stammen würden (Psychologen, Psychoanalytiker, Psychiater).⁴³

Dem jüngsten Bericht der Beobachtungsstelle für Menschenrechte von Transsexuellen, Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Intersexuellen der Universität Cayetano Heredia zufolge wurden **zwischen 2020 und 2023** insgesamt **54 Personen** der LGBTIQ-Gemeinschaft **getötet**. Unter den Opfern waren 30 Transfrauen, 23 schwule Männer und eine lesbische Frau.⁴⁴ Laut des Nachrichtenmediums Presentes, das sich auf die Berichterstattung über Themen der sexuellen Vielfalt spezialisiert hat, deuten diese Verbrechen auf einen extremen Hass gegenüber Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen hin, die nicht den heteronormativen Vorstellungen entsprechen. Dies sei auf die besondere Grausamkeit zurückzuführen, mit der die Personen getötet wurden. Weiter heißt es, dass Transfrauen die am stärksten von Gewalt betroffenen Personen seien, da sie u.a. die vermeintlichen Normen der Männlichkeit in Frage stellen würden.⁴⁵

Für das Jahr **2024** registrierte das Organisationsnetzwerk Sin Violencia LGBTIQ+ **acht Tötungen** von Personen der LGBTIQ-Gemeinschaft (vier schwule Männer, drei Transfrauen, eine lesbische Frau). Aus einer intersektionalen Perspektive betrachtet, lasse sich feststellen, dass einer der getöteten schwulen Männer Menschenrechtsaktivist, jung (geschätztes Alter zwischen 16 und 20 Jahren) und indigener Herkunft gewesen sei. Die anderen schwulen Männer hätten in Verbindung mit der Welt des Tanzes gestanden, was auf ein bestimmtes Muster der Sichtbarkeit in kulturellen und künstlerischen Aktivitäten hindeuten würde. In vier Fällen hätten die mutmaßlichen Täter identifiziert werden können. Laut Sin Violencia LGBTIQ+ ist der Fall der getöteten transsexuellen Sexarbeiterin Jazmín von exemplarischer Bedeutung, da er ein Schlaglicht auf die von **organisierter Kriminalität** ausgehende Gewalt gegenüber LGBTIQ-Personen wirft. Demzufolge wurde die 32-jährige Jazmín in Lima systematisch von Mitgliedern der kriminellen Gruppierung „Los Cafichos de Megaplaya“ belästigt und erpresst. Nachdem sie sich geweigert hätte, das geforderte Schutzgeld zu bezahlen, sei sie am 15.02.2024 vom mutmaßlichen Anführer der Gruppierung erschossen worden. Nach seiner Identifizierung und Festnahme sei am 08.07.2024 eine zwölfmonatige Untersuchungshaft wegen Mordes und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gegen ihn verhängt worden.⁴⁶ Belastbare Hinweise darauf, ob der Täter nach wie vor in Haft ist, konnten im Rahmen der Recherche für diese Länderkurzinformation nicht ermittelt werden.

In Peru ist auch die venezolanische kriminelle Gruppierung „**Tren de Aragua**“ u.a. in die gewaltsame Ausbeutung von venezolanischen (transsexuellen) Sexarbeiterinnen involviert.⁴⁷ Außerdem ist die Gruppierung für Tötungsdelikte⁴⁸, Schutzgelderpressungen und Ermordungen im Falle einer Weigerung⁴⁹ verantwortlich.

Für das Jahr 2025 und das laufende Jahr 2026 konnten keine Informationen zu Hassverbrechen, Tötungsdelikten oder anderen an Personen der LGBTIQ-Gemeinschaft begangenen Straftaten ermittelt werden.

⁴³ Más Igualdad Perú, *Salud Mental LGBTIQ+ en Perú 2024*, S. 31.

⁴⁴ Observatorio de Derechos Humanos TLGBI, *Informe Anual del Observatorio de Derechos Humanos 2020-2023*, S. 7, letzte Aktualisierung Juni 2024.

⁴⁵ Agencia Presentes, Perú: *aumentaron los crímenes de odio y las mujeres trans son las más afectadas*, letzte Aktualisierung 22.07.2024.

⁴⁶ Sin Violencia LGBTIQ+, *Homicidios de personas LGBTIQ+ en América Latina y el Caribe*, S. 81-82, letzte Aktualisierung August 2025.

⁴⁷ Ojo Público, *Tren de Aragua en Lima: cobros de cupos, muerte y extorsión a trabajadoras sexuales trans*, letzte Aktualisierung 28.05.2023.

⁴⁸ Infobae, *El Tren de Aragua detrás de la explotación sexual de mujeres en Perú: “Esclavitud del siglo XXI” orquestada desde cárceles en Venezuela*, letzte Aktualisierung 26.05.2024.

⁴⁹ InsightCrime, *The Women Working the Streets*, letzte Aktualisierung 13.02.2025.

2.2 Behandlung durch die Behörden

Angaben von PROMSEX und Medienberichten zufolge schreitet der Schutz der Rechte von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität nur langsam und ohne institutionelle Garantien voran. Diese Bevölkerungsgruppe bleibe auch aufgrund des Fehlens eines klaren Rechtsrahmens und umfassender öffentlicher Maßnahmen weiterhin in einer Situation der Verletzlichkeit und Ausgrenzung. Personen der LGBTIQ-Gemeinschaft seien besonders von politischen Maßnahmen betroffen, die Rückschritte bei der Gewährleistung und der wirksamen Ausübung ihrer Rechte bedeuten würden. Trotz internationalen Standards und gegen das Land verhängter Urteile seien die notwendigen Gesetzes- und Verwaltungsänderungen nicht umgesetzt worden (s.o.). Der Abbau staatlicher Maßnahmen sowie die Abkehr von Ansätzen zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Förderung sexueller Vielfalt durch nationale Behörden hätten zu einer erheblichen Schwächung des institutionellen Schutzes geführt. Der Schutz von LGBTIQ-Personen hänge weiterhin von den Bemühungen der Zivilgesellschaft ab, ohne dass es eine staatliche Politik gebe, die dies nachhaltig unterstütze.⁵⁰

Mit Bezug auf die **strafrechtliche Aufklärung** von Tötungen an Personen der LGBTIQ-Gemeinschaft führen Menschenrechtsorganisationen an, dass in den meisten dokumentierten Fällen in Peru die Täter nicht identifiziert worden seien und dadurch Verbrechen ungestraft bleiben würden. Die Straffreiheit sei u.a. auf institutionelle Untätigkeit, ineffiziente Strafverfolgung und ein allgemeines Desinteresse an der Aufklärung zurückzuführen.⁵¹ Im Rahmen der insgesamt 361 Tötungen an LGBTIQ-Personen im Jahr 2024 in ganz Lateinamerika kam es laut Sin Violencia LGBTIQ+ lediglich in neun Fällen zu strafrechtlichen Verurteilungen.⁵² Es konnten keine Informationen darüber ermittelt werden, inwiefern es bei den dokumentierten Tötungen in Peru zu Schuldsprüchen gekommen ist.

Die staatliche Ombudsstelle (spanisch: Defensoría del Pueblo), welche die LGBTIQ-Gemeinschaft als Gruppe führt, die besonders schutzbedürftig ist, wird seit dem Jahr 2023 von Josué Gutiérrez geleitet. Dieser hatte im Rahmen einer Anhörung vor dem Kongress Homosexualität als „Missbildung“ bezeichnet, die korrigiert werden müsse. Presentes kritisierte diese Aussage und führte aus, dass Gutiérrez ungeeignet für das Amt sei. Freedom House zufolge sind Regierungsmitglieder dafür bekannt, dass sie sich LGBTIQ-feindliche Rhetorik zu eigen machen. Zudem wurde jüngst berichtet, dass die Ombudsstelle von der Global Alliance of National Human Rights Institutions einer Prüfung unterzogen werde, da Zweifel bestünden, ob sie ihr verfassungsmäßiges Mandat noch erfülle.⁵³

Neben den in Kapitel 1 aufgeführten und von der LGBTIQ-Gemeinschaft und Menschenrechtsorganisationen als diskriminierend eingestuften Entwicklungen bei der Gesetzgebung, sieht sich PROMSEX zufolge die Bewegung mit einem regressiven politischen Umfeld konfrontiert, in dem konservative und menschenrechtsfeindliche Diskurse darauf abzielen, die erzielten Erfolge einzuschränken. Zudem wurde betont, dass die tödliche Gewalt kein isoliertes Phänomen sei, sondern das Ergebnis tief verwurzelter Strukturen sozialer Vorurteile, die durch institutionelle Gleichgültigkeit und mangelnden politischen Willen aufrechterhalten würden. Bislang kamen laut PROMSEX in keinem der bisher dokumentierten Tötungsdelikte die im Art. 46 des Código Penal vorgesehenen erschwerenden Umstände im Zusammenhang mit der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität zur Anwendung. Dies offenbare eine institutionelle Reaktion, die zur Fortsetzung der Straflosigkeit beitrage und die Unsichtbarkeit von durch Vorurteile motivierter Gewalt verstärke.⁵⁴

⁵⁰ PROMSEX, Informe Sobre Derechos Lgbtiq+ En El Perú: Cuando El Estado Retrocede, La Violencia Avanza – 2025, S. 61, letzte Aktualisierung 11.12.2025; Sin Violencia LGBTIQ+, Homicidios de personas LGBTIQ+ en América Latina y el Caribe, S. 75, letzte Aktualisierung August 2025; Infobae, Entre retrocesos y omisiones: los derechos LGBTIQ+ siguen sin agenda en el Estado peruano, letzte Aktualisierung 31.07.2025.

⁵¹ Agencia Presentes, Perú: aumentaron los crímenes de odio y las mujeres trans son las más afectadas, letzte Aktualisierung 22.07.2024; Ojo Público, Los homicidios de la población LGTBI siguen sin obtener justicia en Perú, letzte Aktualisierung 03.04.2022.

⁵² Sin Violencia LGBTIQ+, Homicidios de personas LGBTIQ+ en América Latina y el Caribe, S. 47, letzte Aktualisierung August 2025.

⁵³ Infobae, Josué Gutiérrez defenderá a la población LGBT luego de calificar la homosexualidad como una “deformidad”, letzte Aktualisierung 23.05.2023; Agencia Presentes, Perú 2023: Retrocesos en derechos LGBTI y aumento de transfeminicidios, letzte Aktualisierung 21.12.2023; Infobae, Defensoría del Perú en riesgo de perder acreditación internacional: GANHRI acuerda someter a revisión gestión de Josué Gutiérrez, letzte Aktualisierung 04.12.2025.

⁵⁴ PROMSEX, Informe Sobre Derechos Lgbtiq+ En El Perú: Cuando El Estado Retrocede, La Violencia Avanza – 2025, S. 17, 121-122, 132, letzte Aktualisierung 11.12.2025.

PROMSEX macht außerdem auf die **intersektionale Dimension der Diskriminierung** aufmerksam und führt an, dass beispielsweise Menschen mit Behinderungen oder Personen, die in ländlichen Gebieten leben, in doppelter Hinsicht benachteiligt seien, da sie u.a. über weniger Unterstützungsnetzwerke verfügen würden und größeren Hindernissen beim Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen gegenüberstünden. Für Menschen, die in traditionell ausgegrenzten Gebieten wie der Amazonasregion, den Andengebieten oder in städtischen Randgebieten leben würden, seien u.a. die Priorisierung der staatlichen Präsenz und die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die bereits als Netzwerke zum Schutz und zur Verteidigung von Menschenrechten fungieren würden, vonnöten. Neben den o.g. Gruppen seien auch indigene und afrostämmige Menschen besonders stark von den normativen, institutionellen und kulturellen Rückschritten in Bezug auf Gleichstellung und Nichtdiskriminierung betroffen.⁵⁵

Bei der Analyse der Kriterien, die in den letzten Jahren zur Identifizierung von Hassverbrechen herangezogen worden sind, wurde von der Beobachtungsstelle für Menschenrechte von Transsexuellen, Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Intersexuellen der Universität Cayetano Heredia festgestellt, dass es nur sehr wenige Maßnahmen gibt, die zur Verringerung der Gewalt beitragen und die Erfassung von Morden an Personen der LGBTIQ-Gemeinschaft erleichtern. So sei beispielsweise kein System eingeführt worden, das die mutmaßliche sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität der Opfer berücksichtige.⁵⁶ Aufgrund fehlender staatlicher Statistiken muss der Beobachtungsstelle zufolge sowohl auf Anzeigen, über die in der Presse berichtet wurde, als auch auf direkte Aufzeichnungen von LGBTIQ-Organisationen zurückgegriffen werden. Somit gebe es Fälle, die mangels Meldung nie dokumentiert worden seien oder weil die Opfer nie offengelegt hätten, dass sie Teil der LGBTIQ-Gemeinschaft seien.⁵⁷

Im Jahr 2025 äußerte sich keine staatliche Einrichtung öffentlich unterstützend zur LGBTIQ-Parade in Lima. Auch in den Jahren zuvor war nur eine begrenzte Unterstützung gegeben. Zivilgesellschaftliche Organisationen führten an, dass das Schweigen an einem für die Sichtbarkeit der LGBTIQ-Identitäten und die Einforderung ihrer Rechte so wichtigen Tag ihre Ausgrenzung offiziell legitimiert habe.⁵⁸ Zudem erhielt die Parade in Lima keine institutionelle Unterstützung durch die Stadtverwaltung, die mit der Genehmigung ihrer Durchführung zögerte und erst wenige Tage vor der Veranstaltung reagierte, nachdem die organisierende Gruppe eine öffentliche Beschwerde im Kongress eingereicht hatte. Darüber hinaus blockierte die Verwaltung des Stadtteils Jesús María, in dem die Hauptbühne aufgestellt werden sollte, zunächst die Nutzung des Platzes, obwohl die entsprechende Genehmigung bereits vorgelegen hatte. Die Parade fand schließlich am 28.06.2025 mit über 50.000 Teilnehmenden statt.⁵⁹

Erstmals fand am 22.02.2023 ein von **Transpersonen und Sexarbeiterinnen** organisierter **Protestmarsch** statt. Die ca. 3.000 Teilnehmenden machten dabei unter anderem auf Transfemizide aufmerksam und forderten ihre Rechte sowie die Kriminalisierung von Hassverbrechen ein.⁶⁰ Jüngsten Daten zufolge arbeiten 62 % der Transsexuellen in Peru aufgrund fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten als Sexarbeiterinnen.⁶¹ Am 13.02.2025 demonstrierten Sexarbeiterinnen und LGBTIQ-Aktivistinnen und Aktivisten erneut in Lima, um auf die Straflosigkeit eines Mordes an zwei Transfrauen im Februar 2023 und auf ihre mangelnde Sicherheit in Peru aufmerksam zu machen. Die Demonstrierenden führten an, dass Peru keine rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen habe, um Transpersonen zu schützen. Der mutmaßliche Fahrer des Autos, in das die beiden Transfrauen zuletzt gestiegen waren, ist laut Polizeiangaben Venezolaner und Mitglied der Bande „Los hijos de Dios“, die ein lokaler Ableger von „Tren de Aragua“ ist.⁶²

⁵⁵ PROMSEX, Resumen Ejecutivo: Los Costos de la Discriminación en el Proyecto de Vida de la Población LGBTIQ+ en el Perú, Juli 2025, S. 16, 20, letzte Aktualisierung 14.10.2025; PROMSEX, Informe Sobre Derechos Lgbtiq+ En El Perú: Cuando El Estado Retrocede, La Violencia Avanza – 2025, S. 85, letzte Aktualisierung 11.12.2025.

⁵⁶ Observatorio de Derechos Humanos TLGBI, Informe Anual del Observatorio de Derechos Humanos 2020-2023, S. 37, letzte Aktualisierung Juni 2024.

⁵⁷ Agencia Presentes, Perú: aumentaron los crímenes de odio y las mujeres trans son las más afectadas, letzte Aktualisierung 22.07.2024.

⁵⁸ IberlCONnect, Ni política, ni prioridad: la exclusión institucional de la población LGBTIQ en el Perú actual, letzte Aktualisierung 10.09.2025.

⁵⁹ Agencia Presentes, América Latina transformó el Orgullo en resistencia al odio global, letzte Aktualisierung 29.06.2025.

⁶⁰ Agencia Presentes, Peru: For the first time, thousands of people marched in Lima against transfemicides, letzte Aktualisierung 23.02.2023.

⁶¹ InsightCrime, The Women Working the Streets, letzte Aktualisierung 13.02.2025.

⁶² The Associated Press, Protestan en Perú por desinterés de autoridades ante asesinatos de trabajadoras sexuales transgénero, letzte Aktualisierung 14.02.2025.

Im Zusammenhang mit der Behandlung von Personen der LGBTIQ-Gemeinschaft durch die Behörden sind insbesondere die zwei folgenden Fälle zu nennen, die letztlich vor dem **Corte IDH** verhandelt wurden und in denen gegen den peruanischen Staat entschieden wurde.⁶³

Am 04.02.2023 urteilte der Corte IDH im **Fall des homosexuellen Mannes Crisstian Olivera Fuentes**, dass Peru im Zusammenhang mit ihm und seinem Partner widerfahrener Diskriminierung die menschenrechtlichen Vorgaben der CADH missachtet hat. Nachdem Olivera Fuentes und sein Partner am 11.08.2004 in der Cafeteria eines Supermarktes aufgrund ihrer Homosexualität diskriminiert worden waren, legte er bei der Verbraucherschutzkommission des Nationalen Instituts für Wettbewerb und geistiges Eigentum eine Beschwerde ein, in der er eine diskriminierende Behandlung aufgrund seiner sexuellen Orientierung geltend machte. Die Behörde wies daraufhin die Beschwerde als unbegründet zurück. Der Fall wurde dann nach der Abweisung der Klage vor dem Obersten Gerichtshof vor den Corte IDH gebracht, der urteilte, dass Peru Olivera Fuentes' Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und auf gerichtlichen Schutz verletzt hat. Der Corte IDH stellte überdies fest, dass die Justizbehörden Olivera Fuentes eine unangemessene Beweislast auferlegt hatten, was zu einer Verweigerung seines Rechts auf Zugang zur Justiz führte. Das Gericht befand außerdem, dass die Verbraucherschutzbehörde ihn dadurch diskriminiert hatte, dass sie der unbegründeten Behauptung, dass gleichgeschlechtliche Liebesbekundungen schädlich für Kinder sein könnten, Gewicht beimaßen und gleichgeschlechtliche Paare an anderen Verhaltensstandards maßen als heterosexuelle Paare. Peru wurde auch angewiesen, einen umfassenden Leitfaden zu den Rechten von LGBTIQ-Personen bei der Erbringung von Dienstleistungen zu erstellen und diesen in Schulungskurse für Verwaltungs- und Justizbehörden aufzunehmen. Zudem soll eine öffentliche Richtlinie umgesetzt werden, mit deren Hilfe überwacht werden kann, ob Unternehmen die Grundsätze der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung einhalten.⁶⁴

In einem von Menschenrechtsorganisationen und Aktivistinnen und Aktivisten als historisch gewerteten Urteil, wurden am 15.12.2025 drei Polizeibeamte wegen Folter und sexuellem Missbrauch im auf das Jahr 2008 zurückgehenden **Fall der transsexuellen Frau Azul Rojas Marín** zu jeweils 17 Jahren Haft verurteilt. Hierbei handelte es sich um die erste Verurteilung in Peru aufgrund sexueller Diskriminierung. Dieser Fall war außerdem der erste in der Geschichte des Corte IDH, in dem Folter aufgrund von Diskriminierung in der Region verhandelt wurde. Am 28.02.2008 war Rojas Marín auf dem Weg nach Hause, als sie von drei Polizisten angehalten wurde, die sie aufforderten, sich auszuweisen. Anschließend wurde sie auf eine Polizeiwache gebracht, wo sie gefoltert und vergewaltigt wurde. Obwohl Azul den Fall vor Gericht brachte, wurden die drei Polizisten ohne Strafverfolgung freigelassen. Daraufhin brachte sie den Fall zusammen mit Menschenrechtsorganisationen vor die CIDH und schließlich vor den Corte IDH. Dieser kam am 12.03.2020 in seinem Urteil zu dem Schluss, dass die Gesamtheit der Misshandlungen und Übergriffe, denen Rojas Marín ausgesetzt war, eine Form der Folter seitens staatlicher Akteure darstellte. Er wies die peruanische Justiz zudem an, ein Gerichtsverfahren gegen die Polizeibeamten einzuleiten, da sie die Festnahme als willkürlich und diskriminierend einstufte und erklärte, dass die Taten sexualisierte Folter darstellten. Daraufhin leitete die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung ein und klagte die mutmaßlichen Täter wegen Folter und schwerer sexueller Gewalt an. Im Jahr 2022 erkannte der Staat im Rahmen der vom Corte IDH angeordneten Wiedergutmachungsmaßnahmen in einer öffentlichen Zeremonie seine internationale Verantwortung an und bat Rojas Marín und ihre Familie um Vergebung für den irreversiblen Schaden, der ihr zugefügt worden war.⁶⁵ Der Corte IDH forderte in seinem Urteil den peruanischen Staat außerdem dazu auf, binnen zwei Jahren ein verbindliches Protokoll für die wirksame strafrechtliche Untersuchung von Fällen von Gewalt gegen Mitglieder der LGBTIQ-Gemeinschaft einzuführen.⁶⁶ Dieser Verpflichtung ist Peru bisher nicht nachgekommen.⁶⁷

⁶³ Infobae, Una pareja gay discriminada en una cafetería: el caso por el que la CorteIDH volvió a condenar al Perú, letzte Aktualisierung 11.04.2023.

⁶⁴ Human Rights Watch, Peru Ruling a Victory for LGBT Equality, letzte Aktualisierung 20.04.2023.

⁶⁵ BBC, 17 años de prisión para 3 policías en Perú por violar y torturar a una persona trans, en una condena inédita para el país y la Corte Interamericana de Derechos Humanos, letzte Aktualisierung 19.12.2025.

⁶⁶ Corte IDH, Caso Azul Rojas Marín y otra Vs. Perú, S. 66-67, letzte Aktualisierung 12.03.2020.

⁶⁷ Infobae, Caso Azul Rojas: El Estado peruano no ha cumplido con implementar protocolo para sancionar violencia contra la población LGBTIQ+, letzte Aktualisierung 29.08.2025.

Presentes berichtet zudem von zwei Fällen, in denen medizinische Protokolle des peruanischen Nationalen Instituts für Kindergesundheit aus den Jahren 2015 und 2020 belegen, dass dieses die Durchführung schädlicher, irreversibler und medizinisch unnötiger Genitaloperationen (Female Genital Mutilation, FGM) bei **intersexuellen Kindern** empfahl.⁶⁸

3. Länderspezifische Besonderheiten

Peru ist laut Angaben des UNHCR nach Kolumbien das zweitwichtigste Zielland für **venezolanische Staatsangehörige**, die sich zur Flucht gezwungen sahen. Bis Ende 2024 lebten über 1,66 Mio. Venezolanerinnen und Venezolaner im Land. Lima beherbergt über eine Million Personen venezolanischer Staatsangehörigkeit, was sie zur Stadt mit der größten venezolanischen Bevölkerung außerhalb Venezuelas macht. Außerdem lebt in Peru die zweitgrößte Anzahl venezolanischer Asylsuchender weltweit.⁶⁹

Die Situation **venezolanischer Mitglieder der LGBTIQ-Gemeinschaft in Peru** wurde in einer im Jahr 2019 von Presentes und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführten Studie erstmalig näher betrachtet. Sämtliche Personen, die im Rahmen der Studie befragt wurden, gaben an, Opfer von Diskriminierung und/oder Gewalt geworden zu sein. Hierbei seien die intersektionalen Dimensionen der Nationalität gepaart mit der sexuellen Orientierung die Grundlage für die erlebte Diskriminierung beispielsweise in den Bereichen des Wohnungs- oder Arbeitsmarktes. Transpersonen sind der Studie zufolge aufgrund des mangelnden Zugangs zu formellen Arbeitsplätzen und der Ausgrenzung und Armut, in der sie leben, einem höheren Risiko ausgesetzt, Opfer von (sexualisierter) Gewalt zu werden. Gleichzeitig sähen sich viele Personen der LGBTIQ-Gemeinschaft gezwungen, ihre sexuelle Identität zu verbergen und würden dadurch wieder ins „closet“ zurückkehren müssen.⁷⁰

Amnesty International berichtet, dass es in Peru systemimmanente Mängel gebe, die eine angemessene Versorgung von venezolanischen Menschen der LGBTIQ-Gemeinschaft mit **HIV oder anderen chronischen Krankheiten**, die eine medizinische Nachsorge und eine kontinuierliche Medikamenteneinnahme erfordern, verhindern. Auch hier seien insbesondere Transpersonen aufgrund von Diskriminierung von einer Unterversorgung betroffen.⁷¹

In einer im Jahr 2022 von der IOM durchgeführten **Umfrage** gaben 45 % der Befragten an, aufgrund der Nationalität und/oder der Zugehörigkeit zur LGBTIQ-Gemeinschaft in Peru diskriminiert worden zu sein. Bei Transpersonen lag der Wert bei 79 %. 38 % gaben an, dass sich die Diskriminierung auf den Arbeitsmarkt bezogen habe, während 25 % angaben, im öffentlichen Raum diskriminiert worden zu sein. 46 % der befragten Personen erklärten, Erfahrungen mit psychischer Gewalt gemacht zu haben, und 44 % führten an, dass sie physische Gewalt erlebt haben.⁷²

⁶⁸ [Agencia Presentes, Peru promotes female genital mutilation of intersex children, letzte Aktualisierung 19.06.2025.](#)

⁶⁹ [UNHCR, Peru: Fact Sheet 2025, o.D.](#)

⁷⁰ [Presentes / OIM, Salir de Casa para Volver al Clóset 2020, letzte Aktualisierung November 2020.](#)

⁷¹ [Amnesty International, Between invisibility and discrimination: Venezuelan LGBTIQ+ refugees in Colombia and Peru, letzte Aktualisierung 14.06.2022.](#)

⁷² [OIM, Personas refugiadas y migrantes de Venezuela LGTBIQ+ en Peru: Situación, Liderazgos y Colectividades, letzte Aktualisierung April 2023.](#)

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat für Länderanalysen
90461 Nürnberg

ISSN

2943-7938

Stand

02/2026

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de
<https://milo.bamf.de>

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de